

# Dresdner Volkszeitung

Verlag: Dresden  
Saden & Comp., Nr. 1288

Organ für das werktätige Volk

Verlag: Gebr. Arnhold, Dresden  
und Köhlerische Staatsdruckerei

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abbestellung: Dresden  
Nach der Arbeit, außerdem "Voll und Zeit"  
für einen halben Monat 1 M. Einzahlungsnummer 10 M.  
Telegraphisch: Dresdner Volkszeitung

Schiffvermittlung: Wettinerplatz 18. Fernsprecher Nr. 2521. Sprech-  
stunden nur wochentags von 10 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 2521 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 20 mm breite Monogazette  
zelle 30 Pf., die 30 mm breite Reklametzelle 1.50 Pf., für ausserordentliche  
Anzeigen 20 Pf. und 2 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Dienst-  
gesuche 40 Pf. Rabatt. Für Kleinverlegungen 10 Pf.

Nr. 83

Dresden, Freitag den 8. April 1927

38. Jahrg.

## Brandherde

Die Vorgänge in Albanien und China be-  
deuten für Deutschland nicht unmittelbar. Aber Ostasien und  
Südamerika sind gefährliche Brandherde, und  
wenn die dort ausbrechen, können bis nach Mittel-  
europa herüberlagern und Deutschland in Mitleidenschaft  
ziehen. Es ist daher verständlich, wenn die Öffentlichkeit  
auf die deutschen amtlichen Stellen diesen Dingen  
größte Aufmerksamkeit schenken und wenn der Reichstag sich  
in den letzten Tagen sowohl im Plenum wie in seinem  
auswärtigen Ausschuss mit ihnen eingehend be-  
schäftigt hat.

### I Der Konflikt in Peking

In China hat ein sehr bedenkliches Vorkommnis die  
Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen. Die auf  
der nordchinesischen Regierung und ihres Diktators  
Pangshun handelnde, ist im russischen Gesand-  
tschaftsquartier in Gebäuden eingedrungen, hat dort  
eine russische Staatsangehörige verhaftet und  
dieselbe mit Beschlag belegt. Die bisher vorliegenden  
Nachrichten sind im einzelnen nicht klar. Immerhin scheint  
jedoch, daß es sich nicht um die eigentlichen Gesand-  
tschaftsgebäude handelt, sondern um Häuser oder  
Läden, die zwar Eigentum der russischen Regierung  
sind, deren es aber zweifelhaft ist, ob sie auf das  
Recht der Exterritorialität Anspruch er-  
heben können. Auch wenn auf ihnen die russische Flagge  
fliegt, so genügt diese Tatsache allein noch nicht, um  
ihnen die Durchsicherung durch die chinesischen Behörden zu  
verweigern.

Zu weiteren hat sich die Meldung nicht bestätigt,  
daß das Vorgehen der chinesischen Polizisten mit aus-  
drücklicher Zustimmung des diplomatischen Korps erfolgt  
sein würde, wie es heißt, der Vertreter des diplo-  
matischen Korps, der holländische Gesandte, seine Erlaubnis  
zu hat, so konnte er das nur für seine eigene  
Sicherheit und sicher trifft zum mindesten den deut-  
schen Konsul keine Mitverantwortung. Im Gegenteil  
wäre ein russischer Konsul, der der Gefangennahme ent-  
gegen wäre, in seinem Hause aufgenommen und dessen  
Verhalten über die Vorgänge nach Berlin weiter-  
gegeben. Das auswärtige Amt hat dann seinerseits die  
Verantwortung in Kenntnis gesetzt. Moskau hat in-  
dessen bei der Peking-Regierung einen energischen  
Eingriff eingelegt, und wir stehen möglicherweise vor  
dem Abbruch der diplomatischen Be-  
ziehungen zwischen Rußland und China.

Verstöße würde das vielleicht nicht allzuviel bedeuten,  
wenn die Gegenseite der Sowjets zu dem, was sich  
in Peking nach Zentralregierung nennt, klar zutage lag  
ausdrücklich die Forderung dieser Zentralregierung nur  
eine Frage der Zeit zu sein scheint. Heute schon ver-  
steht sich, daß die russische Regierung die Peking-Regierung  
als einen größeren Machtbereich als ihre Peking-Regierung  
ansieht, und mit diesem Umstand haben ja auch die deut-  
schen Kommunisten ihre Forderung an das deutsche Kabi-  
net begründet, die Peking-Regierung als die des chinesi-  
schen Volkes anzuerkennen. Das geschah, obwohl selbst  
in Deutschland noch vor keine diplomatische Vertretung  
hatte und den Schritt noch nicht tun wollte.  
Die Kommunisten von der deutschen Regierung  
wissen, wenn diese also dem Ansinnen nicht entspricht,  
so ist ihr daraus zunächst kein Vorwurf  
zu machen. Am wohlverstandenen Interesse Deutschlands  
ist es auf welcher Seite auch immer die Sympathien des  
deutschen Volkes stehen, den Anschein einer  
Parteilichkeit zu vermeiden. Absolute Neutralität ist  
in der gegenwärtigen Lage, und daher darf man es auch be-  
denken, daß in den letzten Tagen eine Verständigung  
zwischen den Hamburger Reedern erzielt worden  
ist, die die Waffenlieferungen nach China unter  
den Umständen zu unterbleiben haben.

### Die Krise in der Peking-Regierung

London, 7. April. (Eig. Draht.) Der eigentliche politische  
Konflikt in der Peking-Regierung, Dr. Wellington Koo,  
der Peking-Regierung, wird, vom Amte des Ministerpräsidenten  
aus, man vermutet, daß Tschangshun davon ihren  
Generalstabchef als Nachfolger Dr. Koo zu  
bestimmen wird. Die letzte Regierungshandlung Dr.  
Koo, die Aufhebung der Note an den Sowjet-  
Gesandten, in der diesem vorgeworfen wird, daß die  
Sowjet-Regierung kriminellen Unterschlagung gewährt und Beihilfe  
zur Untergrabung der chinesischen Staatsautorität geleistet habe,  
wurde in London den 7. April durch die diplomatische  
Kommunikation zwischen der chinesischen Nordregierung und der  
Sowjet-Regierung als beendet.  
In einem Interview mit Reuters stellt der Sowjet-Generol-  
konsul in Peking die Sowjet-Politik nach dem Ausbruch in Aussicht.  
Er erklärt, daß die Sowjet-Regierung sich nicht in die Angelegen-  
heiten der Peking-Regierung einmischen wird, die eigentlichen  
Verhandlungen zwischen den Parteien sind. Demgegenüber steht aber  
die Tatsache, daß im Rahmen der Sowjet-

Politik abgelehnt und auch die Amtsräume des sowjetischen  
Gesandten polizeilich untersucht worden sind.

### Zuspühung in Shanghai

P. Paris, 7. April. (Eig. Draht.) Der Temps meldet  
aus Shanghai, daß nach allgemeiner Ansicht der Ausländer  
in Shanghai die fremdenfeindliche Bewegung, wozu  
nicht zu einem offenen Aufstand, so doch zu einem Generalstreik  
oder zu einer systematischen Verfolgung der europäischen Handel-  
sführer wird. Die Lage sei andauernd sehr kritisch und bei  
den Ausländern herrsche die Auffassung, daß allein ein gemein-  
sames energisches Vorgehen der Großmächte dem drohenden  
Aufstand Einhalt gebieten könnte. (So wird zum Verbrechen des  
Sozialismus gehandelt! Red.) Die meisten Ausländer, Deutsche und  
Russen eingeschlossen, verlassen die Stadt.

### Eine Annäherung der Ausländer

Wie aus Shanghai gemeldet wird, haben bewaffnete  
Freiwillige (Europäer) das dortige Sowjet-Generalkonsulat halb-  
umstellt, wobei sie alle ein- und ausgehenden Personen einer  
Reisepässe unterzogen.

Was die Kominternregierung, die in Shanghai herrscht, zu  
dieser todschändlichen Maßnahme der Ausländer sagen und tun wird,  
ist noch nicht bekannt.

### Forderungen der Autonomenregierung

Die Vertretung der Chinesischen Nationalisten  
in Berlin gibt in ihrer neuesten Ausgabe folgende  
anhangspolitische Forderungen der Autonomen  
(Kanton-Regierung) wieder:

- a) Abschaffung aller ungleichen Verträge zwischen  
China und den Großmächten; Abschaffung aller Privilegien,  
wie Konsulargerichtsbarkeit, Exterritorialität; Rückgabe der Zoll-  
autonomie an China usw. — Schaffung von Verträgen, in  
denen China die gleichen Rechte wie die anderen Länder erhält.  
b) Den Ländern, die auf ihre Rechte aus den früheren ungleichen  
Verträgen freiwillig verzichten, wird bei Abschluß von Handels-  
verträgen weitestgehende Rücksicht einzuräumen.  
c) Diejenigen ausländischen Anleihen, die keine Schädigung der  
chinesischen Politik und Wirtschaft bedeuten, werden von China  
anerkannt.  
d) Die Kriegsschuldigung, die auf Grund des Bager-  
aufstandes zu zahlen ist, soll nur für Erziehungszwecke  
verwendet werden.  
e) Da die Peking-Regierung die Interessen des chinesischen  
Volkes nicht vertritt und die von ihr aufgenommenen An-  
leihen nur für staatsfeindliche Zwecke bestimmt waren, so  
sind diese Anleihen, zum Restverkauf usw., kann das chinesische Volk  
diese Anleihen nicht anerkennen.  
f) Ueber die Anerkennung der Anleihen entscheidet ein Ausschuss,  
der aus Vertretern aller wirtschaftlichen und kulturellen Organi-  
sationen aus sämtlichen chinesischen Provinzen gebildet wird,  
damit China sich von seiner Anleiheverschuldung und seinem halb-  
kolonialen Zustand befreit.

### II Der Streit um Albanien

Die gleiche Neutralität muß auch in dem italienisch-  
jugoslawischen Konflikt beobachtet werden. Man mag es  
bedauern, daß dieser Streitfall nicht vor den Völkerbund  
gebracht worden ist. Das Wichtigste aber ist, daß  
überhaupt ein Weg gefunden wird, auf dem ein Aus-  
gleich herbeigeführt werden kann. Es wird jetzt der Ver-  
such gemacht, durch eine unmittelbare Aussprache zwischen  
Rom und Belgrad eine friedliche Regelung herbeizuführen.  
Eine andere Frage ist natürlich, ob diese Verhandlungen  
zu einem Ergebnis führen. Wir glauben noch wie vor,  
daß der Völkerbund als letzte Instanz angerufen werden  
muß. Dann wird es darauf ankommen, Mittel zu finden  
durch die die volle Selbständigkeit Albanien erhalten  
oder besser gesagt, wiederhergestellt werden kann. Denn  
einmaligen liegen die Dinge so, daß durch den Vertrag  
von Tirana, der einerseits wieder eine gewisse Stütze in  
der Entscheidung der Völkervereinigung vom November  
1921 findet, Albanien, obwohl es Mitglied des Völk-  
bundes ist, faktisch unter dem Protektorat Italiens  
steht.

### Beginn der Aussprache

D. Berlin, 8. April. (Eig. Funk.) Die ersten direkten  
Besprechungen über den italienisch-jugoslawischen Konflikt haben,  
wie aus Belgrad gemeldet wird, am Donnerstag in Rom  
zwischen dem jugoslawischen Gesandten und Ruffo-  
Sini begonnen. Es verlautet, daß die jugoslawische Regierung im  
Falle eines negativen Verlaufes dieser Verhandlungen ihren  
Rücktritt zu erklären gedenkt.

Windenburg stellt Strafantrag. Der Reichspräsident hat gegen  
die illustrierte kommunistische Zeitschrift "Roter Stern" wegen der  
in ihrer Aprilnummer enthaltenen Beleidigungen Strafantrag ge-  
stellt. Die Note Rahne demerkt hierzu, daß diese Beleidigungssage  
sich auf eine Anzahl von Unterwerfungswortstellungen bezieht, die als  
Aprilheft aufzulassen waren. Auf einem Bild, auf dem  
Windenburg eine Parade abnimmt, war zu lesen: Der Freispruch in  
der Reichshauptstadt usw.

Die Frist für Anträge auf Revolutions- und Reichsdienst-  
stellen ist, wie amtlich mitgeteilt wird, bis zum 30. April  
verlängert worden. Parabollos kommt in Frage für Arbeits-  
anleihen im Betrage von weniger als 1000 M., wenn im Jahre 1926  
das Einkommen weniger als 17 000 M. betragen hat.

## Die nächste Krise

Der „heißdunkle Bethke“

Das Blatt des Herrn Oberbürgermeisters Müller, der  
Dresdner Anzeiger, beschäftigt sich mit dem Artikel der  
Pittauer Morgenzeitung, der von neuen Koali-  
tionsmöglichkeiten spricht. Das Müller-Blatt verzieht  
bittere Tränen darüber, daß der Eindruck erzeugt  
werde, als sei die sächsische Regierung schon wieder von einer  
Krise bedroht. Es sei bei weitem nicht so schlimm. Das  
Müller-Blatt kann aber nicht ablegen, daß tatsächlich große  
Schwierigkeiten vorliegen, und daß es dabei um den Kopf  
des Herrn Dr. Seyfert geht. Der Dresdner An-  
zeiger schreibt über die Angelegenheit Dr. Seyferts, zu  
der die sozialdemokratische Fraktion die andere Koalitions-  
partei schon um Stellungnahme gebeten hätte, es würden  
voranschließlich Verhandlungen stattfinden, die  
aber sicherlich zu keiner Sprengung der Koalition führen  
würden. Man sieht daraus, daß also tatsächlich Schwierig-  
keiten bestehen. Ob diese Schwierigkeiten auch diesmal  
wieder von der Koalition überwunden werden, bleibt abzu-  
warten.

Es hat wahrscheinlich kaum eine Koalition ge-  
geben, bei der den daran Beteiligten so wenig wohl war wie  
den Parteien der sächsischen Heide-Koalition. Das zeigt auch  
ein Aufsatz der Leipziger Neuesten Nachrichten, der die  
Ueberschrift „Die nächste Krise“ trägt und mit folgenden  
Worten beginnt:

So so zweifelhafte Mehrheitsverhältnisse herrschen wie  
im Sächsischen Landtag, ist eigentlich immer Kritik. Auch der  
jüngste Vorstoß der brüderlich vereinigten Kommunisten und  
Sozialisten gegen den Altsozialisten Bethke zeugt davon,  
denn an die Krise heran. Nicht etwa, weil die vor fittlicher  
Entscheidung stehenden Säulen der Anzeiger-Kenner  
und Wiederkehr die bessere Sache vertreten hätten, sondern  
nur, weil für die heißdunkle Persönlichkeit Bethkes die knappe  
Mehrheit nicht ohne Gefahr der Ab-  
bröckelung einzusehen war.

Aus diesen Ausführungen geht deutlich genug  
hervor, daß der „heißdunkle“ Bethke den bürger-  
lichen Koalitionsparteien recht peinlich ist. Die Leipziger  
Neuesten Nachrichten zweifeln daran, daß es möglich  
gewesen wäre, ohne Gefahr der Abbröckelung die knappe Lan-  
tagsmehrheit für Bethke einzusehen. Die Ausführungen  
der Leipziger Neuesten Nachrichten zeigen, wie recht wir  
hatten, wie wir das wiederholt getan haben.  
Schrieben, daß die bürgerlichen Parteien die MSP-Gesellen  
zwar gern für ihre Zwecke brauchen, sie aber nicht achten.  
Die Leipziger Neuesten Nachrichten sehen von ihrem Stand-  
punkt aus das Bedenkliche an dem Fall Bethke darin, daß  
er überhaupt versuchte, mit Kommunisten und Links-  
sozialisten, wie mit alten Freunden, Geschäfte zu  
machen. Bethkes Verhalten bewiese, daß der Abgeordnete  
Bethke von Anfang an sich nicht darüber klar gewesen sei,  
was die Sezession des Altsozialismus bedeute,  
nämlich den Kampf auf Leben und Tod mit den Partei-  
freunden von ehemals. Daß ein Teil der Altsozialisten sich  
dabei nicht klar wäre, sei die Quelle aller  
Schwierigkeiten, die um ein Haar zur Krise ge-  
führt hätten und längstens im Sommer zur  
Krise wieder führen werden, wenn bis dahin nicht  
volle Klarheit geschaffen sei. Ob sie überhaupt geschaffen  
werden könne, werde davon abhängen, wie stark im alt-  
sozialistischen Lager der Wille zur Ganzheit und  
Folgerichtigkeit vorhanden sei.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten sind überhaupt  
nicht damit zufrieden, daß die Altsozialisten ihre Zer-  
spaltungsbüchse bisher auf Sachsen beschränkt haben.  
Der Altsozialismus, so erklärt das Leipziger Scharfmacher-  
blatt, müsse aus der Enge der sächsischen Grenz-  
pfähle heraus. Der Zweck des ganzen Geredes zeigt  
sich am Schluß des Artikels. Die Leipziger Neuesten Nach-  
richten fordern von den Bethke-Leuten, daß sie sich den  
Deutschnationalen nicht hindernd in den Weg  
stellen, wenn sie im Sommer in die Regierung hinein-  
wollen. Die Deutschnationalen seien es ihrer Wähler-  
schaft schuldig, im Sommer eine endgültige Entscheidung,  
wenn nötig, zu erzwingen. Am Schluß des Artikels wird  
schließlich gesagt:

Das ist die Krise, der wir im Frühherbst mit Sicher-  
heit entgegengehen, wenn nicht irgendein Zwischenfall sie  
schon früher herbeiführt. Sie bleibt uns nicht dadurch er-  
spart, daß wir kämpfhaft die Augen dagegen verschließen.  
Sie könnte bedenklich werden dadurch, daß den maßgebenden  
Einfluß auf ihre Lösung wiederum Leute gewinnen, die die  
Dinge durchaus nicht sehen wollen, wie sie sind, sondern wie  
sie möchten, daß sie wären. Wie die Lösung aber auch aus-  
fallen möge, ob sie in einen sinnlosen Kampf aller gegen  
alle oder in eine neugeordnete Ordnung der Dinge führe,  
die auch dem Altsozialismus den allein möglichen Rückhalt  
für seinen bedauernden Kampf ums Dasein gibt — sie  
wird mehr als eine sächsische Angelegenheit sein, sie wird  
vielleicht von ausschlaggebender Bedeutung für die Reichs-  
politik werden. Deshalb kann sie von allen Beteiligten gar  
nicht zeitig genug ins Auge gefaßt werden.

Daß das Leipziger Scharfmacherblatt die edle Absicht  
hat, mit Hilfe der Altsozialisten einen neuen Stein in  
die ganze deutsche Arbeiterbewegung zu  
treiben, wundert uns nicht. Den Leuten, die hinter dem  
Leipziger Neuesten Nachrichten haben, ist jedes Mittel